



Drucken Schliessen



Artikel aus der
Stuttgarter Zeitung -
Ausgabe Kreis
Göppingen, Freitag,
05. September 2008
Seite 26

Region Stuttgart

Aktionsbündnis hat fast 2000 Unterschriften überreicht

Ausgabe: Nr.208

**Über die Zulässigkeit eines Bürgerentscheids
entscheidet der Ebersbacher Gemeinderat
voraussichtlich am 21.Oktober**

EBERSBACH. Exakt 1996 Bürger möchten einen Bürgerentscheid über die Gestaltung der Neuen Mitte in Ebersbach herbeiführen. Gestern hat das Aktionsbündnis Kauffmannareal Bürgermeister Edgar Wolff die Unterschriftenlisten überreicht.

Von Sabine Riker

1111 Unterschriften hätten für ein Bürgerbegehren in Ebersbach (Kreis Göppingen) gereicht. Doch dem Aktionsbündnis ist es gelungen, binnen zwei Wochen deutlich mehr, nämlich exakt 1996 Unterschriften, zusammenzubekommen. Bürgermeister Edgar Wolff nahm gestern Nachmittag im Haus Filsblick drei dicke Mappen entgegen. Er sei zwar betroffen über die „schwierige Situation, in der wir uns befinden“, gratuliere dem Aktionsbündnis aber zu seinem Erfolg.

Die Initiative möchte bekanntlich den Gemeinderatsbeschluss vom 22. Juli aufheben, nach dem die Firma Immoinvest mit der Neugestaltung des früheren Industriegeländes betraut werden soll. Dieses Unternehmen, hinter dem der Ebersbacher Hermann Weber steht, hatte bei einem europaweiten Vergabeverfahren die höchste Punktezah für seine Planung erhalten. In der Kritik der Bürgeraktion steht vor allem der geplante Parkplatz in der Mitte des Areals.

Innerhalb der nächsten Tage will die Stadtverwaltung die Unterschriften prüfen. Außerdem sollen zwei Experten eine Stellungnahme darüber abgeben, ob ein Bürgerentscheid in dieser Sache rechtlich zulässig wäre. Wolff schätzt, dass diese Stellungnahmen Anfang Oktober vorliegen. Am 21. Oktober soll dann der Gemeinderat das Wort haben. „Die Zulässigkeit eines Bürgerentscheids ist eine reine Rechtsfrage, da hat der Gemeinderat keinen Spielraum“, stellte Wolff gestern vor den zehn Vertretern des Aktionsbündnisses klar. Falls es zu einem Bürgerentscheid komme, würde voraussichtlich am 7. oder 14. Dezember abgestimmt.

Der Sprecher des Aktionsbündnisses, Horst Wehinger, erklärte bei der Übergabe der Listen, dass diese Bürger der verschiedensten Altersgruppen und sozialen Schichten unterzeichnet hätten. Besonders erfreulich sei gewesen, dass sich viele Menschen mit Migrationshintergrund mit ihrer Unterschrift für ihre Heimatstadt einsetzten.

RIKER
© 2006 Stuttgarter Zeitung

Aktionsbündnis hat fast 2000 Unterschriften überreicht

Über die Zulässigkeit eines Bürgerentscheids entscheidet der Ebersbacher Gemeinderat voraussichtlich am 21. Oktober



Drei Mappen mit Unterschriften hat Bürgermeister Wolff (links) entgegengenommen. Foto Rudel

EBERSBACH. Exakt 1996 Bürger möchten einen Bürgerentscheid über die Gestaltung der Neuen Mitte in Ebersbach herbeiführen. Gestern hat das Aktionsbündnis Kauffmannareal Bürgermeister Edgar Wolff die Unterschriftenlisten überreicht.

Von Sabine Riker

1111 Unterschriften hätten für ein Bürgerbegehren in Ebersbach (Kreis Göppingen) gereicht. Doch dem Aktionsbündnis ist es gelungen, binnen zwei Wochen deutlich mehr, nämlich exakt 1996 Unterschriften, zusammenzubekommen. Bürgermeister Edgar Wolff nahm gestern Nachmittag im Haus Filzblick drei dicke Mappen entgegen. Er sei zwar betroffen über die „schwierige Situation, in der wir uns befinden“, gratuliere dem Aktionsbündnis aber zu seinem Erfolg.

Die Initiative möchte bekanntlich den Gemeinderatsbeschluss vom 22. Juli aufheben, nach dem die Firma Immoinvest mit der Neugestaltung des früheren Industriegeländes betraut werden soll. Dieses Unternehmen, hinter dem der Ebersbacher Hermann

Weber steht, hatte bei einem europaweiten Vergabeverfahren die höchste Punktzahl für seine Planung erhalten. In der Kritik der Bürgeraktion steht vor allem der geplante Parkplatz in der Mitte des Areals.

Innerhalb der nächsten Tage will die Stadtverwaltung die Unterschriften prüfen. Außerdem sollen zwei Experten eine Stellungnahme darüber abgeben, ob ein Bürgerentscheid in dieser Sache rechtlich zulässig wäre. Wolff schätzt, dass diese Stellungnahmen Anfang Oktober vorliegen. Am 21. Oktober soll dann der Gemeinderat das Wort haben. „Die Zulässigkeit eines Bürgerentscheids ist eine reine Rechtsfrage, da hat der Gemeinderat keinen Spielraum“, stellte Wolff gestern vor den zehn Vertretern des Aktionsbündnisses klar. Falls es zu einem Bürgerentscheid komme, würde voraussichtlich am 7. oder 14. Dezember abgestimmt.

Der Sprecher des Aktionsbündnisses, Horst Wehinger, erklärte bei der Übergabe der Listen, dass diese Bürger der verschiedensten Altersgruppen und sozialen Schichten unterzeichnet hätten. Besonders erfreulich sei gewesen, dass sich viele Menschen mit Migrationshintergrund mit ihrer Unterschrift für ihre Heimatstadt einsetzten.